

NACHRICHTEN

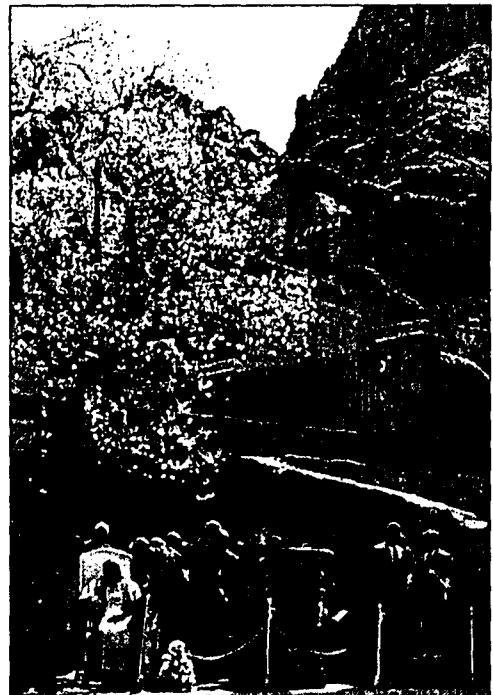
Neues Parlament in Tadschikistan gewählt

DUSCHANBE: Im mittelasiatischen Tadschikistan ist gestern ein neues Parlament gewählt worden. Die Abstimmung zum Unterhaus des neu gebildeten Zwei-Kammer-Parlaments galt als wichtiger Schritt im internen Friedensprozess Tadschikistans. Die Abstimmung verlief ohne Zwischenfälle, teilte die Zentrale Wahlkommission in der Hauptstadt Duschanbe nach Schliessung der Urnen mit. Bis kurz vor Schliessung der Wahllokale hatten sich bereits über 80 Prozent der rund 2,8 Millionen Stimmberechtigten beteiligt. Ergebnisse wurden frühestens heute Montag erwartet. Um die 63 Mandate bewarben sich sechs Parteien und etwa 300 Kandidaten.

Reformlager gewinnt Mehrheit im Iran

TEHERAN: Die Reformkräfte in Iran haben die Mehrheit im neugewählten Parlament erungen. Nach dem vorläufigen Endergebnis der Wahlen gehören 170 der 225 bereits gewählten Abgeordneten zum Reformlager um Staatspräsident Mohammed Chatami. 55 Parlamentarier werden den Konservativen zugerechnet. Dies ergibt sich aus dem vorläufigen Wahlergebnis, das das iranische Innenministerium am Wochenende bekannt gab. Die Regierung bezeichnete die Wahl als frei und fair. Kleinere Unregelmäßigkeiten hätten keinen Einfluss auf den Ausgang. Die Wahl fand am 18. Februar statt.

Erster Papst-Besuch auf dem Sinai



KAIRO: Als erster Papst in der römischen Kirchengeschichte hat Johannes Paul II. am Samstag den Berg Sinai in Ägypten besucht. An der biblischen Stätte rief er Christen, Juden und Moslems zu Dialog und friedlichem Miteinander auf. Sichtlich gezeichnet von den Strapazen der Reise beendete das 79-jährige Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche am Samstagabend seinen Besuch im Nilland. Es war seine 90. Auslandsreise.

Umfragen sehen Bush und Gore vorne

WASHINGTON: Im Rennen um die republikanische Kandidatur für das Weisse Haus liegt der texanische Gouverneur George W. Bush laut Umfragen auf nationaler Ebene weiter vor seinem Konkurrenten John McCain. In einer am Samstag veröffentlichten Umfrage des Magazins «Newsweek» sprachen sich 56 Prozent der befragten republikanischen Wahlberechtigten für Bush aus. Nur 27 Prozent erklärten, sie wollten für den Vietnamkriegsveteranen und Senator McCain stimmen. Bei den jüngsten Vorwahlen in den Bundesstaaten Arizona und Michigan hatte McCain gewonnen. Dabei hatte er vor allem von den Stimmen parteiloser Wähler und Wählerinnen profitiert. In den meisten anderen US-Bundesstaaten dürfen jedoch nur republikanische Parteimitglieder über ihren Präsidentschaftskandidaten abstimmen. Bei den demokratischen Präsidentschaftsbewerbern würde der Umfrage zufolge zur Zeit der jetzige Vize-Präsident Al Gore mit 61 Prozent der Stimmen auf Bundesebene das Rennen machen. Sein Rivale, der ehemalige Basketball-Star Bill Bradley, käme auf 18 Prozent. Im Kampf um das Weisse Haus würden schliesslich der Umfrage von «Newsweek» zufolge sowohl Bush als auch McCain gegen die Demokraten Gore und Bradley siegen.

Weiterhin rot-grüne Regierung in Kiel

SPD und Grüne verteidigen Mehrheit in Schleswig-Holstein

KIEL: Im Zeichen der Finanzaffäre bei den deutschen Christdemokraten hat die rot-grüne Koalition im Bundesland Schleswig-Holstein am Sonntag ihre Regierungsmehrheit verteidigt.

Für die seit Wochen in der Kritik stehende CDU fielen die Verluste weniger stark aus als vielerorts erwartet. Gewinne verbuchten Liberale (FDP) und die dänische Minderheitenpartei SSW.

Die SPD kam nach Hochrechnungen des Ersten Deutschen Fernsehens (ARD) und des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) auf 43,2 beziehungsweise 43,3 Prozent. Vor vier Jahren hatten die Sozialdemokraten 39,8 Prozent.

Die CDU erreichte 35,2 (ARD) und 34,9 (ZDF) Prozent. 1996 lag die CDU bei 37,2 Prozent. Die Grünen kommen auf 6,2 (ARD/ZDF) Prozent (1996: 8,1 Prozent).

Simonis zufrieden

Die FDP legte mit 7,6 (ARD) und 7,7 (ZDF) Prozent deutlich zu (5,7). Der von der Sperrklausel befreite Südschleswigsche Wählerverband (SSW), zuletzt bei 2,5 Prozent, erzielte 4,1 (ARD/ZDF) Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 70,2 Prozent. 1996 hatte sie 71,8 Prozent betragen. Die amtierende Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD)



Heide Simonis (SPD) wird wohl eine weitere Mandatsperiode Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein bleiben. Strahlend nimmt sie die Gratulation ihres unterlegenen Mitbewerbers Volker Rühle (CDU) entgegen.

zeigte sich zufrieden. Das Ziel der SPD, wieder die Ministerpräsidentin zu stellen, sei erreicht worden. «Gestoppt haben wir auch den Trend der SPD des vergangenen Jahres. CDU-Spitzenkandidat Volker Rühle verfehlte zwar deut-

lich sein Ziel von 40 Prozent. Am Wahlabend zeigte er sich dennoch zufrieden: «Ich habe es geschafft, eine Katastrophe zu vermeiden.» Seiner Ansicht nach hätte die CDU ohne den Finanz-Skandal die Wahl gewonnen. Das Ergebnis dürfte die

Ambitionen des ehemaligen Verteidigungsministers auf den Posten des CDU-Vorsitzenden nach Einschätzung von Beobachtern nicht geschmälert haben. Rühle sagte, er sei ab sofort wieder Bundespolitiker.

Umschwung der Wählergunst

Der Wahl war ein beispielloser Umschwung in der Wählergunst vorangegangen. Bis Oktober vergangenen Jahres rangierte die CDU mit 47 Prozent zehn Punkte vor der SPD. Die Sozialdemokraten hatten zuvor zahlreiche Landtagswahlen verloren. Mit Bekanntwerden der CDU-Finanzaffären kippte der Trend dann zu Gunsten der SPD.

Kurz vor der Wahl wurden der CDU keine Chancen mehr eingeräumt. Rot-Grün abzulösen und mit der FDP eine Regierung zu bilden. Dennoch verband CDU-Spitzenkandidat Rühle sein Abschneiden bei der Wahl mit einer möglichen Kandidatur für den CDU-Bundesvorsitz.

Die Partei will im April einen Nachfolger für Wolfgang Schäuble wählen. Er war im Zuge der Spenden- und Finanzaffäre zunehmend unter Druck geraten und hatte Mitte dieses Monats seinen Rückzug von der Parteispitze erklärt.

Die SPD regiert in Schleswig-Holstein seit 1988. Bei der Wahl vor vier Jahren verlor sie ihre absolute Mehrheit und ging eine Koalition mit den Grünen ein.

Lionel Jospin sorgt für Aufruhr

Präsident Chirac ruft seinen Regierungschef zur Ordnung

PARIS: Der Israel-Besuch von Frankreichs Premierministers Lionel Jospin hat am Wochenende zu diplomatischen Verwicklungen geführt. In Frankreich führten die umstrittenen Äusserungen des Premiers zur Hisbollah zu Spannungen mit Staatspräsident Chirac.

Jospin hatte Ende der Woche in Jerusalem die jüngsten Angriffe der Hisbollah-Miliz auf israelische Soldaten in Südlibanon mit «terroristischen Handlungen» gleichgesetzt. Er liegt damit im Widerspruch zur offiziellen Haltung seines Landes. Später schwächte er seine Äusserungen ab und benutzte den Begriff «kriegerische Handlungen». Präsident Jacques Chirac wies den sozia-

listischen Regierungschef nach dessen Rückkehr auf die nach wie vor gültige «neutrale Haltung» Frankreichs im Nahen Osten hin und distanzierte sich von den Äusserungen.

In einer Erklärung Chiracs hiess es, die Glaubwürdigkeit der Aussenpolitik und die Fähigkeit Frankreichs, Frieden zu stiften, litten darunter, wenn seine Unparteilichkeit im Nahen Osten in Frage gestellt werde.

Frankreichs Aussenpolitik wird als Angelegenheit des Präsidenten angesehen. Die Äusserung Jospins zum Libanon-Konflikt überraschte, weil Frankreich bislang im Nahost-Konflikt einen weitgehend proarabischen Kurs verfolgte und Israels

Präsenz in Libanon seit 15 Jahren beständig kritisiert hatte.

Die Äusserungen Jospins erboste auch die Palästinenser. Mehrere Hundert Studenten der Bir-Zeit-Universität bei Ramallah bewarfen deshalb Jospin am Samstag während seines Besuchs mit Steinen und versetzten dem Wagen Fussstritte. Sie nannten den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak einen Terroristen und Jospin seinen Komplizen.

Ohne Angabe von Gründen wurde ein geplanter Besuch Jospins im palästinensischen Flüchtlingslager

Chan Junis abgesagt. Am Samstagabend beendete Jospin nach einem Gespräch mit Palästinenserpräsident Jassir Arafat seine dreitägige Nahostreise.

Proteste in Libanon

In der libanesischen Hafenstadt Sidon protestierten am Sonntag unter der Führung von Arbeitsminister Michel Moussa rund 5000 Menschen gegen die Äusserungen Jospins. Sie warfen dem Regierungschef vor, Agent der USA zu sein. Der stellvertretende Anführer der Hisbollah, Scheich Naim Kasseem, sagte in Beirut, Jospin sei im Libanon so lange nicht willkommen, bis er sich für seine Äusserungen entschuldigt habe.



Proteste nach Freispruch

Nach dem umstrittenen Freispruch von vier weissen New Yorker Polizisten vom Vorwurf des Totschlags eines afrikanischen Einwanderers haben die Geschworenen ihre Entscheidung erstmals öffentlich verteidigt. Die Protestaktionen gegen das Urteil gingen am Wochenende weiter. Der Freispruch habe absolut nichts mit der Rasse der Polizisten oder des Opfers zu tun gehabt, sagte die afro-amerikanische Vorsitzende der Jury, Arlene Taylor, der Zeitung «The New York Post». Ungeachtet teils gewalttätiger Proteste auch während des Prozesses habe die gemischtrassige Jury die existierenden Rassenspannungen in New York bewusst ausgeklammert. Allein aufgrund der Fakten und der Zeugenaussagen habe das Gericht einstimmig auf Freispruch der Polizisten entschieden, sagte auch die weisse Geschworene Helen Harder. Wer nun ein Problem damit habe, solle das Beweismaterial studieren.